

Die Politik der Großen Koalition

Johannes PFLUG *

1. Rahmenbedingungen seit 1989, Wiedervereinigung

Am Abend des 9. November 1989 ist in der damals noch geteilten Stadt Berlin die Mauer nach Westberlin geöffnet worden. Das herrschende Regime der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik hatte sich als reformunfähig erwiesen und musste dem monatelangen Druck der Menschen nachgeben. Während Generalsekretär Michail Gorbatschow in der Sowjetunion Glasnost und Perestroika verkündete, versuchten die Kommunisten in Ostberlin weiter ihren Landsleuten in Ostdeutschland Reisefreiheit, Pressefreiheit und Recht auf freie Meinungsäußerung, informative Selbstbestimmung und andere Grundrechte zu verweigern. Gleichzeitig waren Lebensstandard und Wirtschaft in der ehemaligen DDR schon seit Jahren nur noch durch enorme Kredite aus Westdeutschland und anderen Staaten zu finanzieren. Die DDR stand vor dem Konkurs.

Das erkannte auch Generalsekretär Gorbatschow und riet DDR-Machthaber Erich Honecker, sein System zu öffnen, bevor ihn die Entwicklungen überrollen würden - mit den Worten: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“ Da war es aber schon zu spät. Mit der Öffnung der Mauer am 9. November 1989 war der Zusammenbruch der DDR unvermeidlich geworden.

Am 18. März 1990 gab es die ersten freien Wahlen in der DDR und am 23. August 1990 beschloss die frei gewählte Volkskammer den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland. Was noch zu Beginn des Jahres 1989 für viele Deutsche nur ein ferner Traum zu sein schien, war plötzlich zum Greifen nahe: Die Wiedervereinigung des seit dem Ende des zweiten Weltkriegs geteilten Deutschlands.

Dies war ein großes historisches Glück für Deutschland und seine Menschen. Eine riesige Mehrheit in Ost und West freute sich über die Wiedervereinigung lange getrennter Familien und Freunde, den wiedereröffneten Zugang zu historischen Stätten und Einrichtungen, die Wiederanknüpfung an die gemeinsame Geschichte und die gemeinsamen Werte. Doch diese Freude verdeckte, welche ungeheure finanzielle und wirtschaftliche Belastung der Aufbau Ostdeutschlands bedeuten würde.

In den ersten 3 Jahren der Wiedervereinigung sind mehr als 30 Mrd. Euro von West nach Ost geflossen. Hinzu kam der Umtausch der DDR-Währung in DM im Verhältnis

* Mitglied des Deutschen Bundestags.

von 1 : 1. Dasselbe galt für die Übernahme der DDR-Verbindlichkeiten. Seit dem 13. März 1993 gab es den Solidarpakt I, der bis Ende 2004 lief und 94,5 Mrd. Euro in den Aufbau Ost investierte. Mit dem Solidarpakt II fließen von 2005 bis 2019 156,5 Mrd. Euro in die Neuen Bundesländer. In der Summe heißt das: In den 30 Jahren gab es Transferleistungen von ca. 300 Mrd. Euro. Hinzu kommen enorme Leistungen im Rahmen der Sozialversicherungssysteme.

Diese gewaltigen finanziellen Anstrengungen sowie die Notwendigkeit zur Integration der unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Systeme hätten eine sofortige konsequente Überprüfung und Reform mit dem Ziel der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit erfordert. Stattdessen versuchte die Regierung Kohl die Wiedervereinigung im Wesentlichen aus den sozialen Sicherungssystemen heraus zu finanzieren.

Auch die erste Regierung Schröder von 1998 bis 2002 hoffte die schweren strukturellen Probleme unseres Wirtschafts- und Sozialsystems durch eine positive konjunkturelle Entwicklung in den Griff zu bekommen. Dies war falsch und verhängnisvoll.

Erst am 14. März 2003 setzte Bundeskanzler Gerhard Schröder mit der sog. „Agenda 2010“ eine Reformpolitik der sozialen Einschnitte und der Entlastung der Wirtschaft ein. Infolge dieser Politik verlor die SPD ihre Wählerbasis, die Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaften, mehr als 1/3 ihrer Mitglieder und zog sich zugleich die aktive Gegnerschaft der meisten Interessenverbände zu.

2. Neuwahlen am 18. September 2005 und Ergebnisse

Am 22. Mai 2005 sprach sich der damalige Fraktions- und Parteivorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Franz Müntefering, in Absprache mit Bundeskanzler Gerhard Schröder für Neuwahlen im Herbst 2005 aus.

Was war geschehen ?

Die Sozialdemokratische Partei hatte seit dem Beginn der rot/grünen Koalition und der Kanzlerschaft Gerhard Schröders am 27. Oktober 1998 viele Landtagswahlen verloren.

An diesem Tag im Mai verloren die Sozialdemokraten im bevölkerungsstärksten und daher wichtigsten Bundesland Nordrhein-Westfalen nicht nur die Landtagswahl, sondern nach 40-jähriger Regierungszeit auch eines ihrer Stammländer und 6 Stimmen im Bundesrat. Das ist die Länderkammer Deutschlands, deren Zustimmung zu fast allen wichtigen Gesetzen in Deutschland erforderlich ist.

Die Mehrheit im Bundesrat hatte Rot/Grün schon lange nicht mehr. Allerdings war es den Koalitionsfraktionen von Rot/Grün möglich, über den sog. Vermittlungsausschuss, einem Gremium aus Vertretern der Landesregierungen und allen im Bundestag vertretenen Parteien, bestimmte Gesetze doch noch durchzusetzen. Dies galt allerdings nur solange die Ablehnung des Bundesrates unterhalb einer 2/3-Mehrheit lag, doch dieses Szenario

drohte Rot-Grün nur rund 10 Monate später.

Am 23. März 2006 fanden Landtagswahlen in den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt statt. Alle Wahlprognosen deuteten auf weitere Niederlagen für die rot-grüne Koalition hin. Dann hätten die Oppositionsparteien tatsächlich im Bundesrat die 2/3-Mehrheit erhalten.

Außerdem drohte auch im Bundestag die notwendige Mehrheit verloren zu gehen, weil aus den Reihen der sozialdemokratischen aber auch der grünen Partei einzelne Abgeordnete mit Stimmenverweigerung drohten. Bundeskanzler Gerhard Schröder zog die Notbremse und kündigte Neuwahlen an.

Die Wahlen am 18. September 2005 erbrachten bei einer Wahlbeteiligung von 77,7 % folgende Ergebnisse :

CDU/CSU :	35,2 %	226 Sitze
SPD :	34,2 %	222 Sitze
FDP :	9,8 %	61 Sitze
Linkspartei :	8,7 %	54 Sitze
B'90/		
Die Grünen :	8,1 %	51 Sitze

Gesamtzahl: 614 Sitze/Kanzlermehrheit: 308 Sitze

Weder Rot-Grün noch Schwarz-Gelb verfügten somit über die sog. Kanzlermehrheit. Alle Spekulationen über mögliche Konstellationen außerhalb der Großen Koalition waren illusionär: Entweder konnten die Parteien nicht miteinander oder die notwendigen Mehrheiten im Bundesrat fehlen.

3. Die Politik der Großen Koalition

Die Wähler hatten sich weder für die Fortsetzung der rot-grünen Koalition noch für den radikalen Wechsel zu Schwarz-Gelb entschieden. Die Große Koalition war ohne Alternative, aber die Koalitionsverhandlungen machten deutlich, dass unterschiedliche Lebenswelten und Sozialisationen aufeinander prallten und dass diese Koalition vor großen Problemen steht.

Die Rahmenbedingungen innerhalb derer die Große Koalition ihre Entscheidungen zu treffen hat, sind im Wesentlichen :

1. Aufbau der neuen Bundesländer und weiterer Realtransfer in die neuen Bundesländer — worüber ich bereits eingangs gesprochen habe
2. Demographische Entwicklung und zunehmende Veraltung der deutschen Gesellschaft. Derzeit hat Deutschland rund 82,5 Millionen Einwohner. Nach der „mittleren Variante“ der Vorausberechnungen wird die Bevölkerungszahl ab dem Jahr 2013 zurückgehen und bis zum Jahr 2050 auf das Niveau des Jahres 1963 (gut

75 Millionen Einwohner) sinken. Der „mittleren Variante“ liegen folgende Annahmen zu Grunde: Konstante Geburtenhäufigkeit von durchschnittlich 1,4 Kindern pro Frau ; Erhöhung der Lebenserwartung bei Geburt bis zum Jahr 2050 für Jungen auf 81,1 Jahre und für Mädchen auf 86,6 Jahre und ein jährlicher positiver Wanderungssaldo von rund 200.000 Personen. Die Zahl der unter 20-jährigen wird von aktuell 17 Millionen (21 % der Bevölkerung) auf 12 Millionen im Jahr 2050 (16 %) zurückgehen. Die Gruppe der mindestens 60-jährigen wird mehr als doppelt so groß sein (28 Millionen bzw. 37 %). 80 Jahre oder älter werden im Jahr 2050 9,1 Millionen Personen und damit 12 % der Bevölkerung sein (2001: 3,2 Millionen bzw. 3,9 %)

3. Auswirkungen der Globalisierung auf die deutsche Wirtschaft und den deutschen Arbeitsmarkt
4. Konsolidierung der Staatsfinanzen unter Beachtung des Grundgesetzes und der europäischen Maastricht-Kriterien
5. Reformunwille großer Teile der Bevölkerung und der Verbände